

**Nr. 46**  
**1973**

# Union in Deutschland

Bonn, den 29. November 1973

## Die Beschlüsse von Hamburg weitergeben!

Die CDU ist anders von ihrem Hamburger Parteitag zurückgekommen als ihr manch einer vorher suggeriert – und als sie selbst hier und da befürchtet hatte. Die im Juni in Bonn gewählte neue Spitze der CDU hat an Führungskraft deutlich gewonnen, die Partei hat – vor SPD und FDP – ein klares und zukunftsweisendes gesellschaftspolitisches Programm vorgelegt, und für die Öffentlichkeit ist die Union wieder als die große, führungsfähige Alternative zur Sozialdemokratie sichtbar geworden.

**Die große Volkspartei in der politischen Mitte hat sehr eindrucksvoll bewiesen, warum sie zur Stunde im Spiegel der öffentlichen Meinung klar an der Spitze steht. Wer verhindern will, daß unser Land in die sozialistische Gleichmacherei abgeleitet, weiß jetzt, daß er mit der CDU eine reelle Chance hat.**

Uns Christlichen Demokraten wird der Hamburger Erfolg nicht zu Kopf steigen. Wir haben in den kommenden Monaten alle Hände voll zu tun, um den Ertrag des Parteitages in gängige Münze – auch in Wahlkampf Münze – umzusetzen. Die Bundesgeschäftsstelle legt in dieser UiD-Ausgabe bereits die ersten Argumentationskarten vor, in denen plastisch dargestellt wird, wo in den Hamburger Beschlüssen die Unterschiede zwischen dem auf den Menschen zugeschnittenen Programm der CDU und den kollektivistischen Vorstellungen der SPD liegen.

**Der große Widerhall des Hamburger Kongresses wird die ganze CDU – daran gibt es keinen Zweifel – zu neuem tatkräftigem Engagement ermuntern. Dieses Engagement wird um so wirkungsvoller sein, je nachhaltiger die Ergebnisse des Parteitages von den Mitgliedern verbreitet werden können.**

### ■ ARBEITSPLATZ- SICHERUNG

Ölkrise, Konjunkturabschwung, Gasterbeiterstopp sind die aktuellen Themen dieser Woche. Die Stellungnahme der CDU zu diesen Fragen haben wir auf drei Seiten zusammengefaßt.

Seite 3–5

### ■ ARGUMENTE

Diese Ausgabe enthält Argumentationskarten zu den auf dem Hamburger Parteitag verabschiedeten Beschlüssen, die sich zur Vervielfältigung eignen.

Seite 7–14

### ■ BUNDES- PARTEITAG

Einen Umschwung in der öffentlichen Meinung zugunsten der CDU kann man aus den Kommentaren der Presse und des Hörfunks ersehen.

Seite 15

### ■ SPD

Kritik an Willy Brandt wird laut aus den eigenen Reihen. Günter Grass gab ihr im Namen vieler Sozialdemokraten Ausdruck.

Seite 20

## SPD „vorn“

Nach den Haushaltsentwürfen und Nachträgen für 1974 sehen drei Länder mit SPD-Regierungen die höchsten Ausgabensteigerungen vor, nämlich Niedersachsen als Spitzenreiter mit 13,6%, Hessen mit 12,9% und Hamburg mit 12,5%. Erst dann folgen drei CDU- bzw. CSU-Länder, und zwar Bayern und das Saarland mit je 11,9% und Schleswig-Holstein mit 11,8%. Die nächsten beiden Plätze nehmen wieder SPD-Länder ein: Nordrhein-Westfalen – im Vorjahr Spitzenreiter – mit 11,4% und Bremen mit 11,2%. Drei konjunkturpolitische Vorbilder, deren Steigerungsraten noch unter der des Bundes liegen: Baden-Württemberg mit CDU-Regierung hat eine Steigerungsrate von 9,8%, Berlin mit SPD-Regierung von 9,4% und schließlich Rheinland-Pfalz vor sogar nur 8,7%.

## Keine Integration

Ziel des Unterrichts für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer ist nach Auffassung des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums nicht die totale Integration in ihre neue Umgebung; den Kindern soll vielmehr die Chance erschlossen werden, erfolgreich am deutschen Schulsystem teilzunehmen, zugleich aber auch den Kontakt zu Sprache und Kultur des Heimatlandes nicht zu verlieren. Dies erklärte Kultusminister Dr. Vogel in Mainz.

## „Kommunisten und Chaoten“

Weil Karin Stieringer, 43, SPD, Sprecherin der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug, das rechtswidrige Überge-

hen dieser Deputation vor der Ernennung der Mitglieder des Ausbildungsausschusses des (Justiz-)Ausbildungs- und Prüfungsamtes gerügt und auf dessen „hanebüchene Besetzung“ mit Kommunisten und Chaoten“ als Universitätsvertretern hingewiesen hat, soll sie nach dem Willen von SPD-Fraktion und mehreren Senatoren das Amt als Deputationssprecher und Mitglied im SPD-Fraktionsausschuß Juristenausbildung verlieren.

## Schnüffelaktion

Der ASTA der Universität Mainz hat zu Beginn des Wintersemesters 1973/74 bei den Fachbereichen eine Fragebogenaktion durchgeführt, die zu teilweise scharfen Protesten in der Presse geführt hat. Wie die CDU-Landtagsfraktion ausführt, erkundigte sich der ASTA mit diesen Fragebogen nach der „politischen Auffassung der Professoren“, fragt nach Bindung der studentischen Vertreter in den Gremien an Beschlüsse der Vollversammlung und nach „Konflikten zwischen studentischen Vertretern und anderen Mitgliedern des Gremiums“.

## „Sozialistisches Brauchtum“

Das Organ der Kommunistischen Partei in der Sowjetrepublik, Kasachstan, die „Kasastanskaja Prawda“, hat sich in einer jüngsten Ausgabe für die Errichtung besonderer Fakultäten für „sozialistisches Brauchtum“ im Rahmen der Volkshochschulen ausgesprochen. In diesen Fakultäten sollten Fachleute für die Durchführung „sozialistischer Riten“ ausgebildet werden, die dann die „Überbleibsel“ christlicher Zeremonien ablösen müßten, schreibt das Blatt.

## Anarchistisches Schrifttum

Gegen die Verwendung eines klassenkämpferischen Aufsatzes der Baader-Meinhof-Komplizin Marianne Herzog im Unterricht der kaufmännischen Berufsschule in Hanau hat die CDU-Fraktion im hessischen Landtag protestiert. Die CDU erklärte, es werde in dem Aufsatz offen gegen die marktwirtschaftliche Grundordnung unseres Staates polemisiert und zum aktiven Kampf dagegen aufgerufen. Die Union forderte die Landesregierung auf, das Pamphlet sofort einzuziehen.

## Front gegen Europa

Das sowjetische Militärpotential ist nach wie vor gegen Europa gerichtet, nicht gegen China: Die sowjetischen Landstreitkräfte liegen zu 76%, die Luftstreitkräfte zu 70% westlich des Ural, so daß östlich des Gebirges für evtl. Einsätze auf asiatischem Gebiet nur etwa ein Viertel des Potentials bereitsteht. Die Atomstreitkräfte der UdSSR – denen der USA jetzt gleichrangig – sind mit 90% ihrer Waffen mittlerer Reichweite als spezifische Drohung gegen Europa bereitgestellt.

## Halden-Abbau

Innerhalb eines Monats sind die Kohlen- und Kokshalden des deutschen Steinkohlenbergbaus um rund eine Million Tonnen zurückgegangen. Am 15. November betrug die bei den Zechen lagernden Bestände noch 17,6 Mill. t, davon 7,9 Mill. t Koks, gegenüber 18,6 Mitte Oktober 1973 (8,1 Mill. t Koks).

## CDU/CSU legt Programm vor:

# Sicherung der Arbeitsplätze vordringlich

Angesichts der durch jahrelang falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung verursachten Gefahr für die Sicherheit der Arbeitsplätze und den bereits eingetretenen Schäden in wirtschaftsschwachen Gebieten und bestimmten Wirtschaftszweigen legt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendes Arbeitsplatzsicherungsprogramm vor, um schweren Beschäftigungseinbrüchen vorzubeugen:

1. **Aufhebung der Ausgabenkürzungen für 1973 (10%) und 1974 (30%)** bei den Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“;
2. **Wiederherstellung des Investitionszulagensatzes** von 10% (gegenüber derzeit 7,5%) in den wirtschaftsschwachen Gebieten;
3. **Unverzögliche Erhöhung der ERP-Mittel** für die wirtschaftsschwachen Gebiete und sofortige Entsperrung der ERP-Mittel 1973;
4. **Gezielte Maßnahmen zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus;**
5. **Vorziehen koordinierter staatlicher Konjunkturprogramme** für die wirtschaftsschwachen Gebiete, besonders auf dem Tiefbausektor;
6. **Sofortige Erarbeitung neuer Investitionsprogramme** (Schubladenprogramme) zur Verbindung weiterer Beschäftigungseinbrüche;
7. **Überprüfung der Schuldendeckelverordnung** für Investitionsmaßnahmen in wirtschaftsschwachen Gebieten;
8. **Aufhebung von Importerleichterungen** des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung in den Sektoren Textil/Bekleidung und Leder/Schuhe;
9. **Keine weitere Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen an Staatsfirmen des Ostblocks**, die infolge ihrer Niedrigstlöhne die kostenbedingten Preisangebote deutscher Firmen unterbieten und damit Tausende von Arbeitsplätzen gefährden.

## Die Lage auf dem Energiemarkt

*Hierzu erklärte  
Dr. Ernst Müller-Hermann:*

Die Rohölzufuhr hat sich bisher kaum abgeschwächt. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über höhere Mineralölreserven als noch vor kurzem angenommen. Bis zur Stunde ist deshalb die heraufziehende Energiekrise vor allem eine Krise der Bundesregierung.

Die widersprüchlichen Aussagen von Bundeswirtschaftsminister Friderichs einerseits sowie Äußerungen der Minister Schmidt und Vogel und des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Arndt auf der anderen Seite sind nicht geeignet, der aufgeschreckten Bevölkerung Vertrauen einzuflößen. Bundesregierung und Regierungskoalition bieten auch in der Ölkrise ein trauriges Bild von Verworfenheit und Führungslosigkeit.

Die Bundesregierung und die wegen Fragen der Preiskontrollen und der Rationalisierung zerstrittenen Koalitionsfraktionen tragen derzeit dazu bei, die Angstkäufe zu steigern, während zugleich die künftige Versorgung

# Ölkrise darf nicht vom Versagen der Regierung ablenken

Zum Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erklärte Franz Josef Strauß:

**D**as Gutachten unterstreicht den Ernst der konjunkturellen Lage und bestätigt erneut, wie richtig die Warnungen der Opposition vor den Gefahren der Inflationspolitik der Regierung für Preise und Vollbeschäftigung waren. Nach Meinung des Sachverständigenrates hat die Regierung viel zu lange gezögert, bis sie sich zu einer entschlosseneren Stabilisierungspolitik durchrang (Textziffer 190).

Ihr erstes sog. „Stabilitätsprogramm“ vom Februar 1973 „blieb weit hinter seiner Aufgabe zurück“ (Tz 285), war also nur ein Scheinmanöver zur Verschleierung der konjunkturpolitischen Untätigkeit der Regierung. Selbst durch das zweite Stabilitätsprogramm vom Mai wurden praktisch nur die privaten Ausgaben-

wünsche eingedämmt, die Ausgaben der öffentlichen Hand aber „nur geringfügig“ beschränkt (Tz 286), obwohl der Staatsverbrauch das Wachstum des privaten Verbrauchs der Bürger wie auch der Investitionen der Wirtschaft weit übersteigt (Hinweis auf Tabelle 27 in Tz 248), also weiterhin die wesentliche binnenwirtschaftliche Investitionsquelle ist. Noch immer ist die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand nicht inflationsdämmend, noch nicht einmal konjunkturneutral, sondern weiterhin „expansiv“, d. h. inflationsfördernd (Tz 211, 289).

**Opfer für die Wiedererlangung der Stabilität haben also in erster Linie die Masse der Bürger und vor allem die Arbeitnehmer zu tragen, die ohnehin unter der In-**

flation am stärksten leiden und die auch das größte Risiko bei einer vom Sachverständigenrat nicht mehr ausgeschlossenen Beschäftigungskrise tragen.

Die Ölkrise darf nicht über die wahren Ursachen der sich zuspitzenden Konjunkturlage hinwegtäuschen. Diese liegen letztlich im Versagen einer unfähigen Regierung und nicht – wie Finanzminister Schmidt jetzt vorzuspiegeln versucht – ausschließlich „im Verhalten der arabischen Erdöländer“ (Tz 319).

In der Vergangenheit hat er sich immer wieder bemüht, die Bevölkerung mit der Behauptung zu verdummen, nur das Ausland sei schuld an der Inflation. Dieses Märchen wird vom Sachverständigenrat widerlegt, der eindeutig feststellt: „Es ist keine Frage, daß diese (inflationäre) Entwicklung eingebettet war in einen internationalen Prozeß gleicher Art. Doch so wenig der Sachverständigenrat dies zu unterschätzen neigt, so wenig ist die Gesamtentwicklung, wie sie verlief, unvermeidlich gewesen.“

Jetzt präsentiert Helmut Schmidt vorsorglich den Ersatzschuldigen für eine mögliche Gefährdung der Arbeitsplätze: wiederum das Ausland, diesmal in Gestalt der arabischen Erdölförderungsländer. Sicherlich verschärft die Ölkrise die Probleme bei Preisen und Beschäftigung und beschleunigt möglicherweise die Entwicklungen, die jedoch auch ohnedies als Folge einer im Ansatz verfehlten und unentschlossenen Regierungspolitik eingetreten wären. Das ergibt sich ebenfalls aus dem Sachverständigengutachten, das bei seiner Prognose die Ölkrise noch gar nicht berücksichtigt hat.

(Fortsetzung von Seite 3)

mit den dringend benötigten Ölmengen gefährdet wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den Bundeskanzler auf, Parlament und Bevölkerung endlich Klarheit über die tatsächliche Versorgungslage und die absehbare Entwicklung zu geben. Nicht die Bewirtschaftung des Mangels, sondern größtmögliche Anstrengungen zur Sicherung der Energiezufuhr, aber auch zur rationellen und sparsamen Verwendung vorhandener Energien sind dringend erforderlich. Dabei dürfen die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen unter keinen Umständen zu kurz kommen.

Besondere Gefahren birgt die Ölverknappung deshalb, weil sie mit einem Konjunkturabschwung im Gefolge der jahrelangen Inflationspolitik dieser Bundesregierung zusammentrifft. Demagogen, die auf die Unkenntnis der Zusammenhänge setzen, sind offensichtlich bereits am Werke, um die Verantwortlichkeit der Bundesregierung für falsche Lagebeurteilungen und für falsche politische Entscheidungen zu vernebeln. Dies ist mit ein Grund dafür, daß die Unionsfraktion die Bundesregierung auffordert, die „Fünf Weisen“ umgehend um einen Nachtrag zu ihrem Jahresgutachten zu ersuchen. Dies Sondergutachten sollte in spätestens 14 Tagen vorliegen.

# Die Bevölkerung muß die ganze Wahrheit erfahren

Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf erklärte am 25. November im Deutschlandfunk:

**DLF:** Sind Sie mit den Maßnahmen der Regierung zur Meisterung der Energiekrise einverstanden? Reichen sie aus oder was müßte nach Ihrer Meinung noch geschehen?

**Biedenkopf:** Ich hätte mir zunächst gewünscht, daß die Bundesregierung ein größeres Vertrauen in den gesunden Menschenverstand der Bevölkerung bei ihrer Informationspolitik bewiesen hätte, als sie es getan hat. **Die Informationspolitik der Bundesregierung während der letzten vier Wochen war nicht geeignet, die Bevölkerung auf die Bewältigung von Krisen vorzubereiten, sondern war nur geeignet, totale Konfusion herbeizuführen.** Die Erklärungen der Verantwortlichen widersprechen sich, sie werden ständig revidiert und jetzt erst langsam wird der ganze Ernst der Situation klar und bekannt.

Man erklärt das heute damit, daß man keine Panik hervorrufen wollte; ich sehe darin eine Regierung, die kein sehr großes Vertrauen zur Fähigkeit der Bevölkerung hat, bei der Lösung von Problemen mitzuwirken. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß die Bundesregierung ein erfolgreiches Krisenmanagement bewältigen kann, ohne die Bevölkerung voll mit in die Verantwortung zu nehmen, und zwar auch im Sinne einer ganz offenen Informationspolitik. **Denn nur, wenn die Menschen das Gefühl haben, daß ihnen ehrlich Auskunft gegeben wird über die Schwierigkeit ihrer Situation, sind**

**sie bereit, an der Bewältigung der Situation verantwortlich mitzuwirken.**

**DLF:** Die Bevölkerung in der Verantwortung! Herr Biedenkopf, der Bundeskanzler hat auf der Kabinettsitzung am Donnerstag angekündigt, die Bundesregierung werde in diesen Fragen – Energie-Krise – weiter engen Kontakt mit den Fraktionen und Parteien halten. Meine Frage: Ist die CDU bereit und unter welchen Umständen ist sie bereit, hier ein Stück Mitverantwortung zu tragen?

**Biedenkopf:** Daß wir bereit sind, hier Mitverantwortung zu übernehmen, haben wir schon verschiedentlich gesagt, und das ist auch völlig selbstverständlich. Wenn eine demokratische Regierungsform überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß sie auch darin bestehen, **daß es eine Gemeinsamkeit, eine Solidarität in einem gefährdeten Volk gibt, die geeignet und in der Lage ist, parteipolitische Grenzen zu überspringen.** Das hat gerade Ministerpräsident Kohl in Hamburg wieder völlig klargemacht. Aber der Kontakt mit den Fraktionen und den politischen Parteien, so wichtig er ist, ist kein Ersatz für wirkliche politische Führung.

## Zu spät gehandelt

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, erklärte zum Gasterbeiter-Stopp:

**E**s ist bedauerlich, daß erst die Energiekrise die Bundesregierung zum Handeln in der Gasterbeiterfrage veranlaßt hat.

Der jetzt verfügte Gasterbeiterstopp zeigt, daß die Regierung nicht rechtzeitig politische Vorsorge für deutlich erkennbare Entwicklungen trifft. Schon längst hätte der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer auch darauf abgestellt werden müssen, daß in ausreichendem Maße Wohnungen, Schulen und sonstige soziale Einrichtungen vorhanden sind.

**Die in unser Land gekommenen ausländischen Arbeitnehmer sind unsere Mitbürger; sie haben zu unserem wirtschaftlichen Wohlstand beigetragen. Wir können und wollen in einer ersten wirtschaftlichen Situation die Risiken deshalb nicht allein auf die Gasterbeiter schieben.**

Der Gasterbeiter-Stopp macht schlaglichtartig deutlich, wie groß die Sorge um die Arbeitsplätze tatsächlich ist. Es ist an der Zeit, der deutschen Bevölkerung über die wahre wirtschaftliche Lage und die bevorstehende Entwicklung reinen Wein einzuschenken.

### Das Scheitern der Verhandlungstaktik Bahrs

In den letzten Tagen sind durch die Presse Informationen veröffentlicht worden, nach denen es zu etwas eigentümlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands gekommen sein soll. Nach Ansicht der CDU/CSU ist in diesen Beispielen, wenn sie zutreffen, das Scheitern aller Verhandlungstaktik des bisherigen Unterhändlers Bundesminister Bahrs erkennbar geworden.

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abelein, hat an die Bundesregierung die Frage gerichtet, ob es zutreffe, daß im Aufnahmelager Gießen Flüchtlinge aus der DDR gezielt und intensiv nach ihren Fluchtwegen und evtl. Fluchthelfern befragt worden seien, wobei sogar Repressalien für den Fall der Aussageverweigerung angedroht wurden.

In einer weiteren Frage soll die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob und wie sie

es sicherstellen kann, daß solche Aussagen von Flüchtlingen unter keinen Umständen in die Hand der DDR-Organen gelangen können. Dies ist der eine Fall. Einen anderen hat der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Windelen aufgegriffen, als er sich auf Veröffentlichungen über die Abgrenzungsbemühungen der DDR bezog und an die Bundesregierung appellierte, endlich „die ganze Wahrheit auf den Tisch“ zu legen, statt durch wertneutrale Systemvergleiche die ernste Lage weiter zu verharmlosen. Das Schweigen der Bundesregierung helfe der DDR nur, ihre unmenschlichen Maßnahmen ohne störende Proteste der Weltöffentlichkeit durchzuführen; dies grenze an Komplizenschaft. Windelen abschließend: „Die Weigerung der Bundesregierung der UNO das seit Jahren vorbereitete Memorandum über die Lage der Menschenrechte in Deutschland vorzulegen, ist vor diesem Hintergrund noch unverständlicher.“

### Kurzberichte aus der Fraktion

Über die europäische Situation diskutierten vor wenigen Tagen das geschäftsführende Präsidium der Europa-Union und der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Präsident dieser Vereinigung, Theo M. Loch, und der Vorsitzende der Fraktion, Karl Carstens, waren übereinstimmend der Meinung, die Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Erweiterung seiner Befugnisse unter allen Umständen und möglichst bald anzustreben. Ebenfalls unumstritten war zwischen den Gesprächspartnern die Mei-

nung, daß eine wirksamere Koordinierung der Außenpolitik aller Mitgliedsstaaten der EG nötig sei.

Aus dem Rechenschaftsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den Parteitag in Hamburg ist unter anderem ein besonderer Zweig der Arbeit im vorparlamentarischen Raum bemerkenswert, — dies um so mehr, als er bei ganz geringer personeller Besetzung durchgeführt werden mußte:

Im ersten Jahr der VII. Legislaturperiode sind 706 Gruppen

mit insgesamt 27 156 Personen vom Bundestag zur Teilnahme an Plenarsitzungen eingeladen worden; sie hatten die Möglichkeit mit Abgeordneten aller Fraktionen zu diskutieren. 158 Gruppen mit insgesamt 4 638 Personen erhielten Tribünenkarten

### Mitgliederzuwachs

Von der Zentralen Mitgliederkartei in der Bundesgeschäftsstelle der CDU wurden im Berichtsmonat Oktober 1973 4 895 Mitglieds-Neumeldungen registriert. Damit hat sich der Mitgliederstand der CDU auf **451 295 Mitglieder** erhöht. Die stärksten Zugänge waren in den Landesverbänden Rheinland-Pfalz (842), Rheinland (796), Westfalen (700), Hannover (605) und Schleswig-Holstein (594) zu verzeichnen.

von der Fraktion und bekamen Gelegenheit, mit CDU/CSU-Politikern anschließend zu diskutieren. 119 Gruppen mit 4 553 Personen äußerten Diskussionswünsche unmittelbar an die Fraktion, die auch in jedem Fall erfüllt werden konnten. Hinzu kommen etwa 100 Personen als Gäste der Bundesregierung, vor allem aus dem Ausland, denen Gesprächspartner aus der CDU/CSU-Fraktion vermittelt wurden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Walther Leisler Kiep sprach in der vergangenen Woche in den USA mit UNO-Generalsekretär Waldheim und dem amerikanischen Verteidigungsminister Schlesinger. Es standen u. a. Fragen auf dem Programm, die durch das gemeinsame Interesse im Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten bedingt sind.

# So sieht es die deutsche Presse

Das Echo auf den Hamburger CDU-Parteitag in Presse und Rundfunk ist überwiegend positiv. Die Geschlossenheit der Führung und der echte Wille zu Reformen werden überall anerkannt. Kritik und Zweifel konzentrieren sich hauptsächlich auf die Mitbestimmung und die Frage nach den echten Alternativen der CDU.

### Kohls Parteitag

Die CDU wird in Zukunft den Bonner Koalitionen das Regieren schwerer machen. Das ist auch ihre Aufgabe und das ist gut so, denn zu selbstgefällig sind sie schon geworden, die da die Macht in ihren Händen halten. Nur in der Frage einer Brandt-Alternative hat auch Hamburg den Christdemokraten nicht bringen können.

Rhein-Zeitung, 22. November 1973

### Probleme mit dem Standort

„Nach Hamburg muß die Zeit der Modelle vorbei sein.“ Die CDU sollte sich Kohls Worte zu Herzen nehmen. Denn die Situation schreit – wie Strauß sagte – in der Tat nach einer präsenten, ausdrucksstarken Opposition. Die Öffentlichkeit erwartet weniger gesellschaftspolitische Modelle als Beiträge zur Meisterung akuter Krisen. Und das gilt auch für den viel zitierten Arbeitnehmer, den die Sozialausschüsse in Verkennung seiner Wünsche und Vorstellungen so innig ans Herz drücken.

Münchener Merkur, 21. November 1973

### CDU im Aufwind

Das Zusammenspiel war überzeugend: Der Parteivorsitzende als das nicht nur die CDU, sondern auch das Bündnis von CDU und CSU einigende Element; der Fraktionschef als die kämpferische Speerspitze in Richtung auf den politischen Gegner – der Generalsekretär als nüchterne, kühle, gelegentlich auch Tacheles redende Verfechter einmal auf höchster Parteiebene getroffener Entscheidungen. Es war für viele überraschend, wie diese Troika, der noch unmittelbar vor dem Parteitag schwere Abstimmungsniederlagen und Gesichtsverlust prophezeit worden waren, die Union durch geschicktes Taktieren und Überzeugungskraft zusammenhielt.

Hamburger Abendblatt, 22. November 1973

### Die CDU im Aufbruch

Der Hamburger Parteitag hat eine Union gezeigt, die nicht mehr an der Klagemauer steht, sondern jetzt ihre Rolle als Opposition begreift. Die CDU hat begonnen, Alternativen zur Regierungskoalition zu entwickeln und sich auf eine neue Regierungsübernahme vorzubereiten ... Das wesentliche Ergebnis dieses Parteitages sind die konkreten Sachbeschlüsse, der programmatische Aufbruch der CDU. Doch gleich bedeutsam ist die an der Grundsatfrage der Mitbestimmung wiedergefundene Solidarität.

Stuttgarter Nachrichten, 22. November 1973

### CDU modern

Die Mitbestimmungsentscheidung ist ein vorläufiger Kompromiß. Der eigenständige Kurs ist noch am klarsten an den Beschlüssen zur Vermögensbildung abzulesen, in denen die CDU für eine Lösung eintritt, die im Gegensatz zu jederlei Kollektivfonds-Vorschlägen an den Betrieb gebunden und stets der privaten Verfügungsgewalt unterworfen bleibt. Beim Bodenrecht hingegen schwimmt das eigene Profil, weil die Vorschläge der CDU den Vorstellungen der Regierung sehr ähnlich sind ... Das alles ändert indes nichts daran, daß sich die CDU in Hamburg mit einigem Erfolg ihres programmatischen Nachholpensums angenommen hat. Das ist eine respektable Leistung für eine Partei, die sich in den letzten Jahren ihrer Regierungsgewalt mit Durchwursteln und in den ersten Jahren in der Opposition mit Wehklagen beholfen hat.

Die Zeit, 23. November 1973

### Kein Sieg der Mitte

Grundlage künftiger CDU-Politik soll nach übereinstimmenden Aussagen aller Gruppen der Partei eine Gesellschaft sein, die nicht von Klassengegensätzen bestimmt ist, sondern von der Partnerschaft. Dies mag als Illusion gelten – innerhalb

der Union ist indessen bis zur Stunde noch nicht einmal ernsthaft darüber diskutiert worden, ob ein solches Ziel als erreichbar angesehen wird und ob sich die Partei als Ganzes tatsächlich und nicht nur mit schönen Worten dazu bekennt. Das ist um so erstaunlicher, als sich hiervon alles ableiten ließe, unter anderem auch Beschlüsse über die berufliche Bildung, über das Bodenrecht, über die Vermögenspolitik und — nicht zuletzt — über die Mitbestimmung. Wer Partnerschaft statt Klassengegensätze will, wer das Unternehmen als Sozialverband von Arbeit und Kapital begreift, der muß sich dazu bekennen, die Arbeitnehmer an den Unternehmen zu beteiligen und deren Geschäftspolitik von den Partnern gemeinsam mit dem bestmöglichen Sachverstand entscheiden zu lassen ... Georg Leber hat einmal gesagt, für uns in Westeuropa handele es sich darum, eine evolutionäre Antwort auf die revolutionäre Herausforderung des Kommunismus zu finden. Er hat sich darum zwar verdient gemacht, aber in seiner eigenen Partei mehr Kritik als Beifall gefunden. Die CDU hat es bis heute versäumt, die hier sichtbar werdende Lücke auszufüllen.

Stuttgarter Zeitung, 22. November 1973

## CDU hat Tritt gefaßt

Zugleich mit der Führung hat sich auch die innere Struktur der Partei erheblich gefestigt. Die Tatsache, daß fast alle wichtigen Entscheidungen mit großer Mehrheit gefällt wurden, mag man mit dem Opportunismus mancher Delegierter erklären. Man kann aber daraus auch ein hohes Maß an Übereinstimmung ableiten. Nach Jahren des inneren Zwistes scheint man sich in der CDU nach Übereinstimmung geradezu zu sehnen.

Kölnische Rundschau, 22. November 1973

## Nach dem Parteitag

Für die Gewerkschaften steht die CDU noch zu weit „rechts“, für die Industrie ist sie bereits zu weit nach links abgerutscht. Wichtiger als solche Mäkeleien der Bonzen und Bosse wird für die Volkspartei CDU die Tatsache sein, daß die CSU das Hamburger Modell nach den Worten ihres Vorsitzenden Strauß mitzutragen bereit ist. Jeder Zoll weiter zur reinen Parität hin hätte die CDU nicht nur mit dem geltenden Aktienrecht in Konflikt gebracht, sondern ihrer bayerischen Schwesterpartei entfremdet. Strauß wird sich darüber im klaren sein, daß es jedoch in der Mitbestimmungsfrage keinen Stillstand gibt und K a t z e r am Ende (des Jahrzehnts?) doch gesiegt haben wird ... Der neue CDU-Vorsitzende K o h l

konnte die Heimreise nach Mainz zufrieden antreten. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß er auf dem ersten ordentlichen Parteitag nach seiner Wahl im Juni an Profil gewinnen konnte.

Rheinische Post, 22. November 1973

## Eine erstaunliche CDU

Vielleicht macht der Verlauf der parteiinternen Diskussion begreiflich, warum die Mehrheit bei den letzten fünf Zentimetern vor der Schwelle konsequenter Parität dann doch zurückgewichen ist. Wegen ihrer langfristigen Bedeutung ist von größerem Gewicht jedoch die Verpflichtung, die die CDU für volle Parität in einem neuen Unternehmensrecht eingegangen ist. Die Einlösung dieser Verpflichtung wird das Thema Parität nicht zur Ruhe kommen lassen. Es bleibt ein Reizwort erster Ordnung ... Die Wirkung der großen gesellschaftspolitischen inneren Erneuerung der Partei ist beeinträchtigt, weil die CDU diesen letzten Schritt in der Mitbestimmungsfrage noch nicht tun wollte. Das Ausmaß ihrer Reformierung muß dennoch Gegner wie Anhänger erstaunen.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 22. November 1973

## Mit hohem Brückenzoll zum Kontinent des Zeitgeists

Kurt B i e d e n k o p f spielte den Part der ordnungspolitischen Sachtreue. Wer die Funktionsfähigkeit der großen Unternehmen unserer Wirtschaft und den ehrlichen Umgang mit dem Eigentumsbegriff mit harten Rettungsrufen über die Seufzerbrücke bringen wollte, mußte fürwahr die stärksten Nerven haben. Carstens wiederum fiel es zu, mit senatorischer Eleganz den Glanz der großen Waffen aufleuchten zu lassen: die Außenpolitik, die nationale Politik und die Wehr unseres Lebens wider die Radikalität. Jeder im Saale ahnte, daß dies die eigentlichen Themen der CDU seien, manche befürchteten es, kaum jemand wußte es nicht.

Die Welt, 22. November 1973

## Durchbruch in Hamburg

Gewiß kamen im Hamburger Congress Centrum aktuelle Themen zu kurz. Aber die Union mußte sich in gesellschaftspolitischen Fragen endlich zu Entscheidungen durchringen, um a) Alternativen aufzeigen zu können und b) frei zu sein für eine Strategie der Herausforderungen einer angeschlagenen Regierung. Der Hamburger Parteitag brachte in dieser Beziehung einen Durchbruch, den niemand für möglich gehalten hätte. Auf den Tag ge-

nau ein Jahr nach der Wahlniederlage im November 1972 hat sich die Union wieder gefangen: sie hat Tritt gefaßt: ihre Wähler können wieder hoffen.

**Schwarzwälder Bote**, 22. November 1973

## Sich selbst treu geblieben

Niemand wird draußen Verständnis dafür aufbringen, daß sie ihre Meinung in der Mitbestimmungsfrage für das Linsengericht einer Einheitsdemonstration verkauft haben. Sie haben für das Innenleben der Union ein Opfer gebracht, das ihnen bei ihrer Arbeit in den Betrieben beim Werben um das Vertrauen der Arbeitnehmer mit Sicherheit nicht honoriert werden wird... Im Gegenteil: Das Bild der Union als Unternehmer-Partei wie es sich beim Düsseldorfer Parteitag präsentiert hat, ist durch die Ergebnisse von Hamburg nur bestätigt worden.

**Frankfurter Rundschau**, 22. November 1973

## Kohl im Glück

Kohl, der erst im Juni gewählt worden ist — und zwar gegen erhebliche Bedenken im Parteivolk, man habe wieder unter dem Druck der Not zwar diesmal nicht den falschen, aber doch nicht den eindeutig richtigen Mann berufen —, hat seine erste Leistung vollbracht, die er sich ganz allein zuschreiben kann. Er hat die CDU in der Frage der betrieblichen Mitbestimmung, die sie selbst auf rätselhafte Weise ganz ohne Not zu einer Existenzfrage erhoben hatte, zu einem innerhalb der Partei vertretbaren Ergebnis geführt. Soviel Kritik man an der Wendung der CDU zur beinahe vollständigen Parität auch üben mag: für die innere Verfassung dieser Partei war entscheidend, daß ein Beschluß gefaßt wurde, und zwar gegen nicht einmal 100 Stimmen.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 22. November 1973

## Neuer Anfang

Die Christlichen Demokraten haben zu lange behauptet, sie setzten die Freiheitlichkeit einer pluralistischen Demokratie gegen den Kollektivismus einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsauffassung, ohne gleichzeitig zu erklären, was denn die Freiheit, die sie meinen, wirklich sei... Jetzt schickt sie sich an, durch ein eigenes Gebäude grundsätzlicher Gedanken darzulegen, daß die Konflikte in unserer Gesellschaft nicht allein durch den Klassenkampf gelöst werden können. Ein partnerschaftliches Miteinander der gesellschaftlichen Kräfte schwebt ihr vor.

**General-Anzeiger**, Bonn, 22. November 1973

## Kraftprobe der Union

Das gesellschaftspolitische Turnier, das sich die Union zum Thema Mitbestimmung leistete, endete mit einem Sieg nach Maß für den Parteivorstand. Diesen Erfolg hat der Vorsitzende Kohl zu einem guten Teil seinem Generalsekretär Biedenkopf zu verdanken. Als einer, der die Probleme der Mitbestimmung und des Unternehmensrechts bis in alle Winkel kennt und auch durchschaubar zu machen versteht, sorgte Biedenkopf dafür, daß die Delegierten im Sinne seiner vor dem Beginn des Parteitags gemachten Bemerkung „halbwegs bei Verstand“ blieben und einer beinahe paritätischen Lösung den Vorzug gaben.

**Süddeutsche Zeitung**, 22. November 1973

## Neues Selbstbewußtsein

Die CDU kann ihren Parteitag in Hamburg mit Recht als Erfolg verbuchen. Der Entschluß, für dieses Parteitreffen die Führungsfrage auszuklammern und sich zunächst ganz der Diskussion von Sachfragen zu widmen, hat sich als vorteilhaft erwiesen... Wichtigster Eindruck des Hamburger Parteitags: Die CDU ist wieder selbstbewußt und macht sich ernsthaft Hoffnungen, bei der nächsten Bundestagswahl die Macht zurückzugewinnen.

**Neue Rhein-Zeitung**, 22. November 1973

## CDU und Autorität

In der Mitbestimmungsfrage — deutlichster Gradmesser des Stimmungsumschwungs — ist die Union zwischem dem Düsseldorfer und dem Hamburger Parteitag, also in knapp drei Jahren, vom Übergewicht des Kapitals in den Großunternehmen bis zu einem Standort nach links gerückt, der nur noch fingerbreit von der Parität entfernt ist. Zudem soll das endgültige Modell erst noch erarbeitet werden. Es wird kaum darunterliegen können. Wenn sich Hans Katzer und Norbert Blüm in ihrem Glaubenseifer damit nicht zufriedengeben, so verachten sie die Kunst des Möglichen. Sie haben gesiegt, sie sehen es nur nicht ein. Sie haben aber auch, was gleichfalls festgehalten werden muß, der Regierungskoalition das eigene leidige Geschäft erleichtert. Es wird für jedermann schwer sein, jetzt noch gegen eine Art von Mitbestimmung zu sein, die in der unternehmerischen Entscheidung erst die Patt-Situation schafft, die sie dann in umständlichen Verfahren auflöst.

**Mannheimer Morgen**, 22. November 1973

## ... und der Hörfunk

### Parität überfraktionell?

Es gibt nun auch in der CDU eine starke Minorität, die nicht länger bereit ist, verwaschene Lehrformeln statt klare Konzeptionen anzubieten, und sollte die FDP-Führung weiterhin auf diesem Sektor bremsen, so würde es den Kommentator nicht wundern, wenn es, durch christlich-demokratische Arbeitnehmer initiiert, zu einem überfraktionellen Vorstoß im Bundestag zugunsten der paritätischen Mitbestimmung käme; denn die Parteienfronten sind in dieser Frage aufgeweicht. Die Beharrenden und die Taktierer könnten das Nachsehen haben.

Bayerischer Rundfunk, 20. November 1973

### Junge Union: „Unzureichend ...“

Ist also die CDU trotz ihrer bemerkenswerten Arbeiten an vier großen gesellschaftspolitischen Kernaufgaben auf diesem Parteitag doch die alte Partei geblieben? Die Antwort mag auf einer Pressekonferenz der Jungen Union gegeben worden sein, die nüchtern konstatierte, daß dieser Parteitag völlig unzureichend die Beschlüsse der Basis vertreten habe, dafür auch eindrucksvolle Belege lieferte ... Kohl ist nicht zu beneiden, und das nicht nur im Hinblick auf die gönnerische Harmoniestimmung, die Strauß heute vormittag verströmt und die so viele der Delegierten süß betäubt hat.

NDR, 20. November 1973

### Gesellschaftspolitische Fleißarbeit

Die CDU hat mit ihrer gesellschaftspolitischen Fleißarbeit gezeigt, daß sie zum Reformprogramm der Regierungskoalition rechtzeitig ein Gegenkonzept entwickeln konnte. Die Hamburger Beschlüsse gefährden nicht die Aktionseinheit mit der CSU in der Bundestagsfraktion, sondern sie fördern sie wie F. J. Strauß selber deutlich machte. Die CDU hat ihren Nachholbedarf an gesellschaftspolitischer Programmatik vorerst gedeckt. Sie will jetzt wieder stärker und unmittelbarer ihren Oppositionsaufgaben in Bonn nachgehen. Das nötige Selbstbewußtsein ist hier in Hamburg gestärkt worden.

ZDF, 20. November

### Partei der Mitte

Es wird nach diesem Parteitag schwerfallen, die CDU als rückständig zu verteufeln oder ihr Konzeptionslosigkeit vorzuwerfen. Diese Partei hat sich aufgerafft und besitzt nun die Chance, als Partei der Mitte wieder ernstgenommen zu werden.

Beromünster, 20. November 1973

### Mitbestimmung plus Vermögensbildung

Nur in der Kombination von Mitbestimmung und Vermögensbildung können Arbeitnehmer zu Partnern in der Wirtschaft werden ... Gerade auf diesem Feld liegt die große innerpolitische Chance der Union ... Die Delegierten hier in Hamburg sahen weniger im Angriff auf die Bundesregierung ihre Profilierungschancen, vielmehr haben sie in wichtigen innerpolitischen Fragen Farbe bekannt und Flagge gezeigt, an denen sich der Gegner jetzt orientieren kann.

SWF II, 20. November 1973

### Die Führung ist wieder in Ordnung

Die Führung der Partei ist wieder in Ordnung. Sie hat ihre Bewährungsprobe in der bis zuletzt kontrovers diskutierten Mitbestimmung glänzend bestanden ... In rascher Folge wurde dann ein Großteil der rund 550 Anträge zur Bildungsreform erledigt. Von der Sache her gesehen hätte freilich gerade dieser Beratungsgegenstand eine stärkere Resonanz verdient. Denn die berufliche Bildung liegt der großen Masse der Bevölkerung gewiß näher als die Mitbestimmung in den Betrieben.

DLF, 20. November 1973

### Gemeinsamer Nenner

Wenn die Anträge des sogenannten progressiven Flügels in der Regel abgeschmettert wurden, so braucht das dem Gesamtbild der Partei nicht zu schaden. Alle Vorstandsvorschläge waren entscheidend von den Gedanken der Sozialschüsse mitgeprägt. Die Beschlüsse, mit großer Mehrheit gefaßt, verkörpern also einen repräsentativen gemeinsamen Nenner.

SWF, 20. November 1973

## Zum Schaden der Pressefreiheit

Der Wiesbadener Parteitag der FDP vom 12. bis 14. November hat den Linkskurs der kleinen Regierungspartei klar erkennbar gemacht. Die Progressiven, weitgehend gestützt auf die Vertreter der Jungdemokraten, sind in Wiesbaden ein gutes Stück vorangekommen. Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß es der FDP an Geschlossenheit fehlt — im Gegensatz zu dem Bild, das sie gern in der Öffentlichkeit über sich verbreitet. Das läßt sich aus den zahlreichen knappen Abstimmungsergebnissen zu wichtigen Einzelfragen der Parteitagsberatungen ablesen.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen neben den Reden von Scheel, Mischnick und Genscher die Diskussion und Verabschiedung der Leitlinien für eine liberale Medienpolitik. Die Mitbestimmung wurde in knapp zehn Minuten abgehandelt. Längere Zeit nahm man sich dagegen für die Aussprache über so kontroverse Themen wie den „Radikalen“-Beschuß, das Kirchenpapier, das Baurecht und den Umweltschutz. Wenn sich auch häufig der Bundesvorstand bei den Abstimmungen durchsetzte, geschah es doch meist nicht ohne Konzessionen an die Linken. Die Judos konnten daher mit Fug und Recht erklären: „Die Jungdemokraten und ihre politischen Freunde sind für die Entwicklung der Partei ein maßgebender Faktor; sie bestimmen die Richtung der Entwicklung, wenn auch nicht deren Tempo und Ausgangspunkt.“

Ein besonderes Anliegen in den Grundsatzreferaten des Spitzentrios der FDP war die scharfe Abgrenzung gegen die CDU; aber auch der Koalitionspartner, die SPD, mußte manch herbe Kritik hinnehmen. Der Union bescheinigte Mischnick, sie sei „mit festem Schritt geradewegs in die Vergangenheit unter-

wegs“, während er an die Adresse der SPD gewandt sagte: „Wir werden uns in grundsätzlichen Fragen immer von der SPD unterscheiden. Wer glaubt, in uns ein Vollzugsorgan für sozialistische Vorstellungen gehelicht zu haben, hatte, hat sich getäuscht und wird sich täuschen.“

Zum Gradmesser für die Linksdrift der FDP wurde in Wiesbaden die Medienpolitik. Hier wurde am hitzigsten diskutiert und hier gab es die einschneidendsten Veränderungen in den bisherigen Strukturen in Presse und Rundfunk. Es nützte nichts, das Regierungssprecher von Wechmar und Spiegel-Herausgeber Augstein die Delegierten eindringlich davor warnten, die Pressefreiheit durch Maßnahmen gegen die Verleger einzuschränken. Die Jungdemokraten bemängelten sogar, daß im Medienpapier nicht ausdrücklich die privatwirtschaftliche Organisation der Presse in Frage gestellt werde. Sie sähen lieber ähnlich wie im Rundfunk auch für die Presse eine öffentlich-rechtliche Organisationsform.

Zu den Regelungen, die die Prinzipien der Privatwirtschaft mißbachten und das unabhängige

Pressewesen ernsthaft gefährden, zählen folgende Maßnahmen:

1. Der Verleger einer Zeitung soll einen Chefredakteur nicht gegen ein Zweidrittel-Vetorecht der Redaktionsvertretung berufen bzw. abberufen können.

2. Der Verleger verliert die sogenannte „Richtlinienkompetenz“ an den Chefredakteur.

3. Gegen Unternehmen, die mit Tages- und Sonntagszeitungen einen Marktanteil von 20 Prozent erreichen, werden kartellrechtliche Sanktionen gefordert.

Das gleiche gilt für die rundfunkpolitischen Beschlüsse, die teilweise weitergehen als die Vorstellungen der SPD in diesem Bereich. So soll es in den Rundfunkanstalten keinen Intendanten, sondern fünf Direktoren geben. Das Personal der Anstalten soll in die Aufsichtsgremien gewählt werden können, die nur zu einem Drittel aus Parteivertretern bestehen dürfen. Die Prüfung der Kostensituation der Rundfunkanstalten wird einem unabhängigen Gremium übertragen, das Vorschläge zur Festsetzung der Gebühren macht. Ferner wirken bei der Wahl der Programmverantwortlichen die Redaktionsvertretung und die Vertretung der freien Mitarbeiter mit, sie besitzen ein allerdings überstimmbares Vetorecht.

Nach dem Willen der Parteiführung der Freien Demokraten werden die in Wiesbaden gefaßten Beschlüsse Grundlage für die koalitionsinternen Beratungen über den Entwurf eines

Presserechtsrahmengesetzes sein. Die Verhandlungen darüber werden schwierig genug sein, die FDP hat Maßstäbe gesetzt, hinter die sie nicht mehr zurückgehen kann. Zum Schaden der Pressefreiheit, wie sich zeigen wird.

**Günter Grass:**

## „Worte an Willy – Eine Denkmalschelte“

*Günter Grass richtet die im Auszug hier abgedruckten kritischen Worte in der PANORAMA-Sendung vom 26. 11. 1973 an Willy Brandt. Bemerkenswert ist, daß er dies nicht nur im eigenen, sondern auch im Namen von „vielen Freunden von der sozialdemokratischen Wählerinitiative“ getan hat.*

**V**erdrossen hat sich Willy Brandt wieder einmal in die Außenpolitik geflüchtet. Er hält bemerkenswerte Reden, sei es vor der UNO, sei es vor dem Europarat. Doch innenpolitisch schweigt er sich aus und unternimmt kaum noch einen merklichen Versuch, die Sprach- und Begriffsverwirrung um die Reformbereiche Mitbestimmung, Bildungsreform, Umweltschutz, Grund und Boden klärend zu beenden.

Oft sieht es so aus, als hätten Erfolge und allzu viele Ehrungen Willy Brandt einsam gemacht und in einen Bereich entrückt, den Karikaturisten gerne über den Wolken ansiedeln. Es stimmt, er läßt sich Abschirmung durch übereifrige Berater gefallen. Begabt mit starker Ausstrahlungskraft strahlt er zur Zeit nicht gerade Tatkraft, eher Lustlosigkeit aus. Doch da nach seinen eigenen Worten – siehe Regierungsprogramm – der politische Alltag begonnen hat, sollte auch er sich alltäglicher geben und weniger statuarisch geschichtsträchtig. Einen entrückten Willy Brandt kann sich die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht lesiten. Das sollte die in sich zerstrittene SPD und die

abermals notorisch bremsende FDP begreifen, damit sie endlich zur Sache, d. h. zu den unauf-schiebbaren Reformen kommt!

Doch auch die eigentliche Domanie des Bundeskanzlers, der Bereich der Entspannungs- und Europapolitik, wird nicht gerade erfolgreich beackert. Ich muß gestehen, daß mich die Auslegung der Entspannungspolitik nach geradezu Metternichschen Richtlinien enttäuscht. Entspannung darf gesamteuropäisch kei-

nen faulen Burgfrieden zur Folge haben.

**Zum anderen: Das beschämend kleinmütige Reagieren auf den Ölboykott der arabischen Staaten und die eher schrofte Haltung Israel gegenüber lassen sich nicht mit dem Begriff strikter Neutralität vereinbaren, auch dann nicht, wenn der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn das versteckt arabische Verhalten des Außenministers mit Hilfe unverbindlicher Beteuerungen in Israel auszugleichen versucht.**

Neuerdings kuschelt die Bundesregierung vor den übergroßen Ölkonzernen. Ungehindert dürfen sie ihren Preiswucher betreiben und die arabische durch eine urkapitalistische Erpressung verstärken. Wann wird der Bundeskanzler mit dem Werkzeug ‚Kartellgesetz‘ dieser preistreibenden Marktabsprache ein Ende setzen?!

## Termine

1. 12.	LV Baden-Württemberg	Landesfachausschuß Deutschlandpolitik und auswärtige Angelegenheiten	Stuttgart
1. 12.	LV Westfalen-Lippe	Vorstand	Dortmund
1. 12.	LV Schleswig-Holstein	Bundeswehrekongreß	Kreis Pinneberg
3. 12.	<b>CDU – Bund</b>	Präsidium	Bonn
3. 12.	<b>CDU – Bund</b>	CDU- und CSU-Präsidium	Bonn
4. 12.	LV Westfalen-Lippe Frauenvereinigung	Hauptausschußsitzung	Dortmund
5. 12.	LV Westfalen-Lippe	Arbeitsausschuß für Gesundheitspolitik	Dortmund
6. 12.	<b>CDU – Bund</b>	Fachkommission „Ver- fassungsrecht“ des BACDJ	Bonn
6. 12.	<b>CDU – Bund</b>	Bundesfachausschuß „Sport“	Bonn
7. 12.	<b>CDU – Bund</b>	Bundesfachausschuß „Sport“, Hearing von Sportvereinen	Bonn

**UID**

**Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Telefon 22 00 40.  
**Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementpreis vierteljährlich DM 6,-, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.